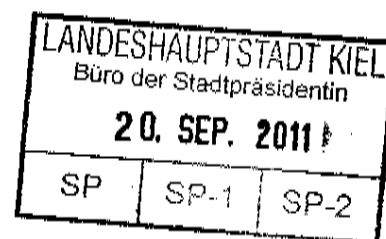


SPD-Ratsfraktion
 Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 FDP-Ratsfraktion
 Ratsmitglied SSW



Zu Punkt der Tagesordnung

Interfraktioneller Antrag			0776/2011
			öffentlich
			16.09.2011
Datum	Gremium	Antragsteller/in	
Ö 29.09.2011	Ratsversammlung	Ratsfrau Langfeldt, Ratsherr Stadelmann, SPD-Ratsfraktion Ratsfrau Günther, Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsherr Landsiedel, FDP-Ratsfraktion Ratsfrau Danker, SSW	
Betreff:			
HSH Nordbank AG: Standort Kiel stärken			

Antrag:

Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel fordert die HSH Nordbank AG auf, den Personalabbau sozialverträglich so zu gestalten, dass auch weiterhin die Gleichberechtigung der beiden vereinigten Landesbanken im Doppelsitz der Standorte Kiel und Hamburg Ausdruck findet und die Geschäfte der HSH Nordbank AG gleichwertig an beiden Standorten geleitet werden.

Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel nimmt zur Kenntnis, dass seit der Fusion der Landesbanken am Standort Kiel mehr als 17mal so viele Arbeitsplätze wie am Standort Hamburg abgebaut worden sind. Angesichts der Bedeutung der HSH Nordbank AG für die Landeshauptstadt Kiel und die Region sowie der eindeutigen Aussagen des Staatsvertrages lehnt die Ratsversammlung jeden weiteren Abbau von Arbeitsplätzen am Standort Kiel der HSH Nordbank AG ab.

Begründung:

Die HSH Nordbank AG ist ein wichtiger Arbeitgeber in der Landeshauptstadt Kiel und eines der größten Unternehmen Schleswig-Holsteins. Die Stadt steht zur Bank und arbeitet mit ihr zusammen, z.B. im Rahmen der „Kieler Woche“. Durch das Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Verschmelzung der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale und der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale – auf eine Aktiengesellschaft vom 07. Mai 2003 (GVOBl. Schl.-H. 2003, 206) ist die HSH Nordbank AG rechtlich wie politisch verpflichtet, den Standort Kiel genauso wie den Standort Hamburg zu behandeln, nämlich gleichberechtigt und die Geschäfte der Aktiengesellschaft an beiden Standorte gleichwertig zu leiten. Diese Verpflichtungen müssen sich konkret in der Personalpolitik widerspiegeln – im Interesse der Beschäftigten der Bank und im Interesse der Landeshauptstadt Kiel und der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Durch die Überprüfung des Oberbürgermeisters hat sich ergeben, dass es seit der Fusion der beiden Landesbanken einen Stellenabbau am Standort Kiel und am Standort Hamburg gegeben hat, am Standort Hamburg jedoch nur einen Netto-Stellenabbau von 1,3%, am Standort Kiel dagegen von 22,4%. Eine gleichwertige Leitung der Geschäfte der HSH Nordbank AG an beiden Standorten Kiel und Hamburg ist darin nicht zum Ausdruck gekommen.

gez. Ratsfrau Gesa Langfeldt
gez. Ratsherr Falk Stadelmann
SPD-Ratsfraktion

f.d.R.

gez. Ratsfrau Katja Günther
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

f.d.R.

gez. Ratsherr Helmut Landsiedel
FDP-Ratsfraktion

f.d.R.

Ratsfrau Antje Danker
SSW